

VON DER KRISE ZUM DEBAKEL

Die Lage der Republik

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von Mitte November hat sich das Elend der Ampel nochmals gesteigert. Ließ sich zuvor mancher Konflikt mit Geld zudecken, wird mit der von Karlsruhe geforderten Haushaltsdisziplin offenbar, dass die Koalition keine Zukunftsstrategie hat



VON **WERNER
WEIDENFELD**

Das Land steht unter dramatischem Druck. Es zeigt immer mehr Risse. Laute Proteste bestimmen den Alltag. Die Aktionen der Bauern werden zum allgemeinen Aktionsmodell. Lokführer, Fluglotsen, Altenpfleger, Ärzte, Elektroingenieure, Cyberspezialisten werden folgen. Krise folgt auf Krise, Debakel auf Debakel. Und was hält die Republik noch zusammen? Auf diese Frage erhalten die Bürger keine Antwort.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Neuordnung von 60 Milliarden Euro notwendig machte, wird gern als die zweite Zeitenwende der Regierung Scholz bezeichnet. Aber auch dieser Zeitenwende fehlte die präzise Angabe des Wohin. Die Regierungspolitik musste nun lernen,

dass der Bundeshaushalt weder eine Freiluft-Konfettiparade noch ein Ort zur lockeren Selbstbedienung ist. Die Schuldenbremse ist eben wörtlich zu nehmen – auch wenn plötzlich 60 Milliarden Euro im Haushalt fehlen.

Die Zeichen der Zeit sind eindeutig: Die Republik braucht eine klare Führung – nicht einen klein-klein Krisenaktivismus. Regierung und Opposition müssen ein großes Zukunftsbild entwickeln, eine strategische Zukunftsorientierung. Der Bedarf ist groß.

Der große deutsche Philosoph Immanuel Kant hat ausgangs des 18. Jahrhunderts geschrieben: „Es gibt kein Ding an sich“, sondern nur die Wahrnehmung davon. Also ist alles Perzeption. Die aktuelle Datenlage zeigt: Der Negativtrend der Ampel setzt sich fort. Sie ist auf ein Allzeittief gestürzt. Die Union kann davon kaum profitieren und sich auch nicht in der Gunst der Wähler sonnen.

Gewinner sind die AfD mit rund doppelt so viel Zuspruch wie bei der letzten Bundestagswahl und neue Gruppierungen wie das Bündnis Wagenknecht oder die Werteunion. Nicht einmal jeder Zweite ist sich gegenwärtig seiner Wahlabsicht wirklich sicher, ermittelte das Demoskopieinstitut INSA Ende vergangenen Jahres. Zur Halbzeit der Legislaturperiode stehen die Zeichen der Zeit eher auf tiefgreifende Korrektur als auf Kontinuität.

Ebenfalls bemerkenswert: Die Mehrheit der Befragten kritisiert derzeit die mediale Berichterstattung. Nur jeder Fünfte hat das Gefühl, dass sein Leben von den Medien adäquat abgebildet wird. 67 Prozent haben das Gefühl von unangemessener Abbildung der Wirklichkeit, im Osten sogar 75 Prozent. 57 Prozent der Befragten würden es begrüßen, wenn die Medien häufiger Konzepte und Ideen zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme bieten würden.

FOTO: MONIKA SKOLIMOWSKA/DPA PICTURE ALLIANCE

In diesem Kontext hat Forsa ermittelt, dass das Vertrauen in die Demokratie auf einen Tiefpunkt gesunken ist. Dabei spielen die großen geopolitischen Krisen ebenso eine Rolle wie die innenpolitischen Probleme, insbesondere die Migration. Das Vertrauen in den Bundeskanzler, die Bundesregierung, den Bundestag, den Staat – alles ist dramatisch geschrumpft.

Zu diesem drastisch nachlassenden Vertrauensklima passt auch, dass sich immer weniger Deutsche als religiös bezeichnen. Nurmehr rund zwei Drittel der Katholiken geben an, sich der Kirche verbunden zu fühlen, bei der evangelischen Kirche ist es sogar nur ein Drittel. Mehr als die Hälfte der Befragten gibt an, dass Religiosität in ihrem Leben keine Rolle spiele.

Das Unbehagen wächst. Das ist ein dramatischer Befund – wo doch Vertrauen nach Niklas Luhmann als der unverzichtbare Sauerstoff des gesellschaftlichen Lebens ist. So darf nicht überraschen, dass nur noch von historischen Tiefpunkten die Rede ist. So fragte die „Frankfurter Allgemeine“ völlig zu Recht, was denn die Demokratie am Leben halte, wenn allorts von deren Niedergang die Rede sei.

Vor diesem Hintergrund muss man die Frage stellen: Wird aus der Krise ein Kollaps? Will man dieses katastrophale Szenario verhindern, dann bedarf es großer und präziser Strategien. Bisher herrscht in dieser Hinsicht Fehlanzeige.

Kesselflicker und Nervensägen

Angesichts des Fehlens überzeugender Problemlösungen flüchtet sich die publizistische Begleitung der Politik in überraschende begriffliche Höhenflüge. Es ist dort die Rede von „Kesselflickern“ und „Spaßvögeln“, von „Notlösungen“ und „Nervensägen“, von „Trauerspielen“ und „Kurzsichtigkeit“, von „falschen Signalen“ und „Theaterdonner“. Ergebnislos steckt die Ampel fest, Vorhang zu. Zu Scholz werden die medialen Anklagen dann noch heftiger: „Absturz eines Besserwissers“, „Scholz spricht, aber er sagt nichts“. Sarkastisch ist festzuhalten: Der Glanz der Inkompetenz stellt alles in den Schatten. Denn die Trümmer der Luftschlösser werden größer und größer. Für Politikwissenschaftler ein trauriges Lehrstück.

Es scheint, als begännen die Augen der Koalitionäre zu leuchten, wenn sie ihren nächsten Rettungsversuch ankündigen. All das begleitet Bundeskanzler Scholz mit demütigem Lächeln, das Zuversicht vermitteln soll – aber eher desaströse Verzweiflung darstellt. Denn wenn in Bezug auf den Haushalt von „außergewöhnlicher Notlage“ gesprochen wird, ist wohl nur die politische Verzweiflung besonders groß. Immerhin stehen nach dem Karlsruher Urteil 29 Sondervermögen des Bundes auf dem Spiel.

Die Finanzexperten sprechen von einer Politik ohne Beispiel. Dann wird versucht zu vermitteln, dass man die großen Probleme im Griff habe. Aber dann kommt das nächste Hochwasser ... Zur Schlüsselfrage wird, ob die Deiche halten – als wäre dies das erste Hochwasser. Im Gegenteil: Es existiert eine reichhaltige Erfahrung. Man den-

Parallel dazu wurden finanzpolitische Beschlüsse korrigiert, die bis vor Kurzem als Lösung präsentiert worden waren

ke nur an die spektakulären historischen Ereignisse: 1962 in Hamburg, bekämpft unter Leitung von Helmut Schmidt; 2002, als Bundeskanzler Gerhard Schröder in Sachsen zügig und mit den angemessenen Stiefeln versehen zu den Betroffenen in den Hochwassergebieten eilte und so seinen Wahlsieg wiederholen konnte; 2021 kam das verheerende Hochwasser im Ahrtal, und zur Jahreswende 2023/24 standen große Teile Niedersachsens, aber auch Nordrhein-Westfalens unter Wasser.

Parallel dazu wurden finanzpolitische Beschlüsse korrigiert, die bis vor Kurzem als Lösung präsentiert worden waren. So hat die Ampel die Kürzungen der Subventionen für Landwirte nach Protesten wieder weitgehend zurückgenommen. Umgangssprachlich nennt man dieses unkalkulierbare Hin und Her ein „Tohuwabohu“ – ein Lehnwort aus dem Hebräischen, wo es das urzeitliche Chaos vor der Schöpfung bezeichnet.

In dieser Zeit der Krise stimmte die FDP Anfang des Jahres ab, ob sie die Koalition verlassen solle. Nur eine knappe Mehrheit (52,2 Prozent) votierte für den Verbleib in der Regierung. Eine stabile Überzeugung sieht anders aus. Aber es dominiert eben überall die schlechte Laune: Angst, Unkenntnis, Zweifel und Zwietracht. Und Bundeskanzler Scholz etabliert sich nicht als Retter. Das signalisieren auch die Schlagzeilen wie „Krasser Kanzler-Absturz“ oder „Scholz macht die Gummistiefel-Wende“.

Permanentes Chaos

Man kann dieser Ära die Überschrift geben: „Die Permanenz des Tohuwabohu“. Sogar der Bundespräsident äußert sich höchst besorgt über die Lage der Republik und höchst kritisch zur Arbeit der Regierung. Vor diesem Hintergrund plädiert er dringlich für Stabilität.

Aber auch sein Appell gibt keine Antwort auf die Kernfrage: Was müssen wir tun, um die Politik zu retten? In einem Zeitalter gleichzeitiger Komplexität und Konfusion besteht ein immenser Bedarf an Orientierungswissen. In jeder Sekunde benötigen die Bürger ja Filter zum Ordnen und Auswählen von Daten und Informationen. Zu alledem benötigen sie Strategien.

Die Abwesenheit strategischen Denkens ist das eigentliche Kennzeichen der Politik der Gegenwart. Deutschland und Europa müssen also ganz dringlich Zukunftsstrategien entwickeln, mit denen sich die Elemente der Erfahrungsgemeinschaft in stabile Formen der Identität übertragen lassen. Wir brauchen einen großen, kalkulierten Fokus zur Gestaltung der Zukunft. Strategisches Denken hilft dabei. Es ist unentbehrlich.

Henry Kissinger, der kürzlich verstorbene frühere US-Außenminister, hat in seiner letzten Rede, zwei Wochen vor seinem Tod, den Schlüssel für die Perspektive auf den prägnanten Nenner „Führung“ gebracht: „Die Führungspersönlichkeit erreicht einen klaren Konsens, indem sie ein klares Ziel vor Augen führt. Der Blick in die Zukunft ist der einzige Anreiz, die Opfer auf sich zu nehmen, die Größe erfordern.“ Der besondere Horizont eines Henry Kissinger könnte uns aus der konzeptionellen Not befreien. ■